

Sperrfrist: Dienstag, 14. November 2017, 9:00 Uhr

## Medienmitteilung

# Kiesbranche fordert die Veröffentlichung des Berichts der Finanzkontrolle auf juristischem Weg und verlangt vom GPK-Präsidenten, in den Ausstand zu treten

Rubigen, 14. November 2017 – Der Kantonale Kies- und Betonverband KSE Bern fordert von der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats (GPK) die Offenlegung des Berichts der Finanzkontrolle.

Der KSE Bern hat bei der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats ein Gesuch eingereicht. Er verlangt die Herausgabe des vertraulichen Berichts der Finanzkontrolle und beruft sich dabei auf das Öffentlichkeitsprinzip. Ähnlich hat bereits der Regierungsrat argumentiert und die GPK für ihr Festhalten an der Geheimhaltung öffentlich kritisiert. Zudem fordert der KSE Bern, dass der Präsident der GPK, Grossrat Peter Siegenthaler, beim Entscheid über den Antrag in den Ausstand tritt. Als Mitglied einer Erbgemeinschaft ist er selber Eigentümer eines Kiesabbau-Grundstücks und somit unmittelbar und mit persönlichen Interessen in die Thematik involviert.

Die Kiesbranche stösst sich daran, dass der Bericht der Finanzkontrolle weiterhin unter Verschluss gehalten wird. Sie fordert im Vorfeld der Novembersession des Grossen Rats endlich Transparenz. Der KSE Bern ist überzeugt, dass der Bericht – direkt oder indirekt – Gegenstand der Beratungen sein wird. Ohne Einsicht können sich die Angeschuldigten nicht mit den Aussagen detailliert auseinandersetzen. Falsche Behauptungen, Mutmassungen und Gerüchte bleiben unkommentiert im Raum stehen und könnten voreilige politische Massnahmen auslösen – zum Schaden der Branche.

Der KSE Bern zweifelt die Datengrundlage und damit die Ergebnisse des Berichts an. Von der Schlussfolgerung des Berichts, der Kanton Bern habe für seine Bauvorhaben zu viel bezahlt, distanziert sich der Branchenverband in aller Form.

Der KSE Bern erachtet die erhobenen Vorwürfe und die dargelegte Gehörsverletzung als eine massive Benachteiligung. Deshalb will er seine Informations- und Offenlegungsansprüche nötigenfalls auf dem Rechtsweg durchzusetzen.

Für weitere Auskünfte: Fritz R. Hurni, Präsident KSE Bern, Tel. 079 614 97 04; Erreichbarkeit: Dienstag, 14. November 2017, 10:00 bis 12:00 Uhr.